

## Die Welt 1 Feb 71 Verfahren wegen „Pullach Intern“ eingestellt

Sel./St. Karlsruhe/Bonn, 31. Januar  
Generalbundesanwalt Ludwig Martin hat, wie am Montag in Karlsruhe bekanntgegeben wurde, das Ermittlungsverfahren gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wegen der im Frühjahr 1971 veröffentlichten Artikelserie über den Bundesnachrichtendienst „Pullach Intern“ eingestellt, weil nach dem Ergebnis der von der obersten Anklagebehörde angestellten Untersuchungen eine Preisgabe von Staatsgeheimnissen nicht nachweisbar ist. Bei einer Strafverfolgung wäre der Paragraph 95 StGB („Offenbaren von Staatsgeheimnissen“) zur Geltung gekommen.

Ein Teil des Inhalts der Artikelserie, so heißt es in der Begründung, sei durch frühere Veröffentlichungen in der westlichen und östlichen Presse sowie in Rundfunk, Fernsehen und anderen Publikationsorganen bekannt gewesen. Andere Angaben des „Spiegels“ über den Bundesnachrichtendienst seien fingiert oder so allgemein und unbestimmt gehalten worden, daß ihre Offenbarung keine schwerwiegende Gefahr für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik dargestellt habe.

Nicht eingestellt ist hingegen das Ermittlungsverfahren gegen Journalisten von Tages- und Wochenzeitungen, einer Illustrierten und eines Fernseh-Magazins wegen Veröffentlichungen aus geheimen Telegrammen der Deutschen Botschaft in Washington an das Auswärtige Amt in Bonn. Diese Pauls-Telegramme von April 1971 befaßten sich mit den Viermächteverhandlungen über eine Berlin-Regelung. Conrad Ahlers und Rüdiger von Wechmar hatten im vergangenen Jahr grundsätzliche Bedenken gegen das Ermittlungsverfahren in Sachen Pauls-Telegramme vergeblich innerhalb des Kabinetts angemeldet.